

Aktuelle Ernährungsfragen.**Die Wege der Notstandsaktion.**

Die von der Regierung veröffentlichten Richtlinien der Notstandsaktion für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten überlassen es bekanntlich den einzelnen Statthaltereien und Landesregierungen, in ihrem eigenen Wirkungskreis jene Einrichtungen auszubauen oder zu treffen, die geeignet sind, der minderbemittelten Bevölkerung bessere Ernährungsmöglichkeiten zu bieten. Die hinsichtlich ihrer landwirtschaftlichen Produktion aktiven Länder werden es naturgemäß leichter haben, dieses Problem zu lösen, als jene Kronländer, die auf die Zufuhr von Agrarprodukten angewiesen sind.

Nach sachmännischen Beurteilungen würden für die Stadt Wien allein monatlich 12.000 Stück Rinder benötigt werden, sollte der Fleischbedarf der minderbemittelten Schichten halbwegs gedeckt werden können. Die Regierung hat daher auch die Absicht, andere Artikel, wie Gemüse, Käse, Geflügel, Eier u. dgl., für die Zwecke der Volksernährung in stärkerem Maße heranzuziehen. Wenn auch durch reichlichere Zufuhren von russisch-polnischen Gänsen und von serbischen Geflügelarten ein Großteil des für die Aktion benötigten Geflügelbedarfes gedeckt werden kann, so wird man nichtsdestoweniger aber auch nicht auf ungarische Geflügelzufuhren für diesen Zweck verzichten können. Es ist auch fraglich, ob die österreichische Eierproduktion allein imstande wäre, die zur Durchführung der Auspeisung der minderbemittelten Bevölkerung in Wien benötigten Eier aufzubringen. Ebenso wird es nicht so einfach sein, die nötigen Speisefettmengen für diesen Bedarf sicherzustellen, es sei denn, daß die vom Volksernährungsamt angeordnete Aufbringung der inländischen Fettstoffe mit aller Energie betrieben wird.

Nedenfalls wird der Statthaltereie und der Wiener Gemeindevertretung die Durchführung der Notstandsaktion keinesfalls allzu leicht werden.

Die Regelung der Kartoffelfrage.

Die von der Regierung angeordnete Erhöhung des Kartoffelpreises wird sicherlich die noch verfügbaren Kartoffelbestände an das Tageslicht der Märkte bringen. Der für die Kartoffeln festgesetzte Meterzentnerpreis von 15 Kronen ist entschieden derart bemessen, daß er den Landwirten auch einen Anreiz zum stärkeren Kartoffelanbau bieten wird. In ihrer gestrigen Sitzung hat sich auch die Handelspolitische Kommission mit der Kartoffelfrage eingehend beschäftigt.

Der Referent Kammersekretär Dr. Ziegler trat für die Festsetzung eines Herbst- und Frühjahrspreises für Kartoffeln ein. Im Interesse einer besseren Beschickung der Märkte sprach er sich auch dafür aus, daß den kleineren Kartoffelbauern ein Verfügungsrecht über bestimmte Mengen der in staatlicher Bewirtschaftung verbleibenden Kartoffeln zu belassen wäre; den Großgrundbesitzern sollte ein ähnliches Verfügungsrecht aber erst dann eingeräumt werden, wenn sie die Hälfte des Kartoffelernteertrages an die Zentrale abgeliefert hätten. Ferner hätte die Kartoffelzentrale rechtzeitig den Kartoffelbedarf des Militärs und der öffentlichen Anstalten festzustellen. Endlich wäre es auch in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht auch die größeren Städte und Industriezentren ihren Kartoffelbedarf im Wege von Lieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Korporationen, ähnlich wie dies in Deutschland diskutiert wurde, sicherstellen sollen. Endlich möge auch der Preis für Frühkartoffeln derart festgesetzt werden, daß die Bauern nicht wie im Vorjahre heranreisende Spätkartoffeln aus der Erde nahmen, um sie noch als Frühkartoffeln zu verkaufen.

Der Präsident der Futtermittelzentrale Kammererrat Frh. v. M e n d l, der in erster Linie die schwierigen Transportverhältnisse streifte, trat für eine lückenlose Bewirtschaftung der Kartoffeln und auch dafür ein, daß die Kartoffelpreise so festzusetzen wären, daß weder die Landwirte ein Interesse an deren Verfüterung noch aber die Industrie ein solches an ihrer Verarbeitung hätte; nur so werde es gelingen, die gesamte Kartoffelernte für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Redner verlangte auch, daß das Einmieten der Kartoffeln lediglich durch sachkundige Personen besorgt werde. Kartoffelgroßhändler S c h i d und Kommerzialrat P a r t i k traten für die Freigabe des Kartoffel-

Der erstere bemerkte, daß infolge der

Frau Fr. v. Marcus, die namens der „Kohö“ an der Versammlung teilnahm, lehnte sich gegen die Verarbeitung der Kartoffeln in Brennereien. Eine andere Rednerin empfahl, nicht nur den Kartoffel-, sondern auch den gesamten Lebensmittelhandel unter das Kriegsdienstleistungsgesetz zu stellen. Dagegen lehnte sich P a b s t.

Die Beratung der brennenden Frage der Gemüserversorgung Wiens verschob die Handelspolitische Kommission auf ihre nächste Sitzung.